

**29. Beilage im Jahr 2019 zu den Sitzungsunterlagen
des XXXI. Vorarlberger Landtages**

Selbständiger Antrag der NEOS Vorarlberg

Beilage 29/2019

An das
Präsidium des Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, am 11.12.2019

**Betreff: Flächendeckende Versorgung mit Kinderärzten sicherstellen -
Gesundheitsprävention ernst nehmen!**

Sehr geehrter Herr Präsident,

im Arbeitsprogramm der Landesregierung findet sich auch ein Kapitel mit dem Titel "Gesund aufwachsen". Es zählt einige sinnvolle und begrüßenswerte Maßnahmen im Bereich der Kinder- und Jugendgesundheit für Vorarlberg auf. Wie konkret eine ausreichende medizinische Versorgung und Betreuung durch entsprechendes fachärztliches Personal erreicht werden soll, bleibt das Arbeitsprogramm aber schuldig.

Dass wir im Bereich der fachärztlichen Versorgung auf massive Probleme zusteuern, unterstreichen aktuelle Zahlen und Berichte. Die Zahl der Kinderärztinnen und -ärzte mit Kassenvertrag beläuft sich 2019 laut einer Anfragebeantwortung auf 20 (Kennzahl: 29.01.511). Doch die Altersstruktur zeichnet alles andere als ein positives Bild, denn von diesen 20 Ärztinnen und Ärzten seien 15 über 55 Jahre alt. Regional ist die Situation noch dramatischer. In der Stadt Dornbirn, wo 1/8 der Vorarlberger leben, findet sich kein Kinderarzt bzw. keine Kinderärztin, der bzw. die unter 60 Jahre alt ist.

Die Versorgungssituation wird sich also in den nächsten Jahren aufgrund von Pensionierungen verschärfen. Dass teilweise auch die Praxis der Vertragsabschlüsse einer breiteren Versorgung im Weg steht, unterstrich unlängst der Kinderarzt Dr. Hilbe, der in einem umfangreichen Interview die vielen Probleme in diesem Bereich hervorhob. Zum einen bestehen rechtliche Probleme, wie die Begrenzung von Behandlungen je Quartal im Rahmen eines Kassenvertrages oder pensionsrechtliche Fehlanreize in Kassenverträgen. Zum anderen gibt es auch finanzielle bzw. wirtschaftliche Probleme im Bereich von Investitionskosten.

Aus unserer Sicht braucht es hier neben Veränderungen im Bereich der Kassenverträge auch institutionelle Weichenstellungen. Neue Formen der Versorgung im niedergelassenen Bereich müssen auch stärker in den Fokus der Landesregierung rücken. Primärversorgungseinheiten können gerade für Jungmediziner_innen attraktivere Arbeitsbedingungen bieten und auch die Möglichkeit eröffnen, als Teil eines multidisziplinären Teams im Bereich der Prävention besser aktiv zu werden. Zu diesen multidisziplinären Teams können verschiedenste Gesundheits- und Sozialberufe

gehören, wie z.B. Kinderpsycholog_innen, Physiotherapeut_innen, Diätolog_innen, Logopäd_innen oder Sozialarbeiter_innen.

Im Arbeitsprogramm der Landesregierung heißt es dazu nur: "(d)as Land Vorarlberg (unterstützt) die Einrichtung multidisziplinärer Gesundheitszentren, sogenannten Primärversorgungszentren (PHC)." Wie diese Unterstützung konkret aussieht, bleibt unbeantwortet. Andere Bundesländer - wie z.B. Oberösterreich - zeigen hier Möglichkeiten auf, indem beispielsweise die Infrastruktur von Seiten des Landes bereitgestellt wird. Eine solche Neuausrichtung entlastet auch die Ambulanzen der Krankenhäuser, was zur finanziellen Absicherung unserer Gesundheitsversorgung dringend notwendig ist.

Vor diesem Hintergrund stellen wir hiermit gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages folgenden

ANTRAG

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Die Vorarlberger Landesregierung wird aufgefordert,

- 1. mit der Österreichischen Gesundheitskasse die Schaffung von Primärversorgungseinheiten zu unterstützen, in denen (wie in den Primärversorgungskonzepten des BMASGK und der Sozialversicherung vorgesehen) vor allem auch Fachärzte für Kinder- und Jugendheilkunde sinnvoll integriert werden und in einem multiprofessionellen Team die beste Gesundheitsversorgung und Entwicklungschancen für Kinder und Jugendliche ermöglicht werden. Dabei soll die erleichterte Zusammenarbeit von Allgemeinmediziner_innen und Fachärzt_innen für Kinder- und Jugendheilkunde im Team mit anderen Gesundheits- und Sozialberufen wie Kinderpsycholog_innen, Physiotherapeut_innen, Diätolog_innen, Logopäd_innen und Sozialarbeiter_innen an einem Ort in den Vordergrund gerückt werden,***
- 2. in der Schaffung solcher Primärversorgungseinheiten aktiver zu werden und dafür finanzielle Mittel in die Hand zu nehmen, um beispielsweise infrastrukturelle Maßnahmen zur Schaffung dieser zu unterstützen und damit den ambulanten, niedergelassenen Bereich zu stärken und präventiv die Kinder- und Jugendgesundheit zu verbessern,***
- 3. auf die Österreichische Gesundheitskasse und die Ärztekammer einzuwirken, damit bei Kassenverträgen die Kontingentierung der Behandlungen verhindert wird und die negativen (pensionsrechtlichen) Anreize abgeschafft werden, um Kassenverträge über das übliche Pensionsantrittsalter hinaus zu attraktivieren bzw. zu ermöglichen."***

LAbg. KO Dr. Sabine Scheffknecht, PhD

LAbg. Johannes Gasser, MSc Bakk. BA

LAbg. Garry Thür, lic.oec.HSG

Der Selbständige Antrag, Beilage 29/2019/XXXI. GP, wurde im Sozialpolitischen Ausschuss am 29.1.2020 durch den Abgeordneten Gasser (NEOS) zurückgezogen.

Hinweis: siehe auch Vorlage des Sozialpolitischen Ausschusses, Beilage 13/2020